

## Laborversuche der Bundesagentur

Die Experimente von Rainer Bomba in Sachsen-Anhalt und anderswo zerstören das Vertrauen in eine soziale Arbeitsbehörde

von **Helga Spindler**

August 2007

- 1.) Trainingsmaßnahmen und interne Datensätze auf Abwegen
- 2.) Hauptsache Leiharbeit
- 3.) Barrieren im Kundenstrom
- 4.) Wunder gibt es immer wieder - die Bürgerarbeit
- 5.) Quo vadis Bundesagentur?
- 6.) Ausblick: Glückliche Arbeitslose in Bayern?

### **1.) Trainingsmaßnahmen und interne Datensätze auf Abwegen**

Eine Nachricht aus der FAZ vom 2.6.2007 lässt aufhorchen: Die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit habe alle arbeitslosen Bauarbeiter, Verkäufer und Reinigungskräfte zu einer einwöchigen Pflichtveranstaltung eingeladen, um ihre Verfügbarkeit zu testen. 47 Prozent der Angeschriebenen hätten die Teilnahme an der sogenannten Vollzeitmaßnahme abgelehnt und sich lieber aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet, sagt der Geschäftsführer der Regionaldirektion, Rainer Bomba der Zeitung, „wohl, weil sie die Zeit für Schwarzarbeit brauchen.“ Erstmals könne man aber mit diesen Zahlen belegen, dass in manchen Branchen ein erheblicher Teil der Arbeitslosen schwarzarbeite. Nach seiner Ansicht lässt sich die Schattenwirtschaft mit Kontrollen nur unzulänglich und zu

hohen Kosten eindämmen. Besser sei es, den Leistungsempfängern keinen Spielraum für illegale Beschäftigung zu lassen. Die Ergebnisse aus Sachsen-Anhalt und Thüringen seien (*noch ungenannten*) Experten zufolge die ersten, systematisch erhobenen Erkenntnisse zur Schwarzarbeit unter Arbeitslosen.

Auch wenn das Ergebnis zunächst nur ein schlechtes Licht auf die Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt zu werfen scheint, so stellen sich danach doch viele Fragen: Wo ist die Datengrundlage zu dem Bericht: Wer und wie viele sind zu welcher Maßnahme eingeladen worden? Wer ist mit welcher Begründung nicht erschienen, wer hat sich abgemeldet und wer ist „abgemeldet worden“? Wer hat Widerspruch eingelegt? Welcher Träger hat die Maßnahme durchgeführt und vor allem: welche Inhalte und Ziele hatte die Maßnahme?

Das Sozialgesetzbuch II (SGB II) sieht zwar auch einwöchige Maßnahmen zur Eignungsfeststellung und Trainingsmaßnahmen vor, aber das sollen Leistungen zur Eingliederung sein, die nach dem Grundsatz des Förderns für eine dauerhafte Eingliederung erforderlich sind und denen im Regelfall eine Eingliederungsvereinbarung vorgehen soll. In einzelnen Fällen können im SGB III (der Arbeitslosenversicherung) diese Maßnahmen auch zur Überprüfung der Arbeitsbereitschaft

eingesetzt werden. Aber ausschließlich zur Kontrolle, die sich nur an der Zugehörigkeit zu einer Berufssparte und einem Pauschalverdacht festmachen, dürfen sie nicht dienen. Die Betroffenen hätten also gute Gründe, sich gegen diese eingestandenermaßen rechtsmissbräuchlichen „Einladungen“ zu wehren.

„Man muss den Schwarzarbeitern die Ressource Zeit nehmen, das ist das einzige was hilft“ wird Herr Bomba wörtlich zitiert. Es reicht also offenbar nicht, dass durch die Hartz -Reformen den Arbeitslosen bereits Geld, Rechte, Gestaltungsspielräume und Perspektiven genommen wurden, jetzt kommt auch noch ihre Zeit dran. Das erinnert an die Formulierung seines Kollegen Heinrich Alt vom Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, der beim Kaminabend mit Wirtschaftsunioren die Potentiale der Bundesagentur zur Aufdeckung von Schwarzarbeit lobte: das „gefährdete“ Klientel sei mit „intelligentem Freizeitentzug“ zu beschäftigen (Allgemeine Zeitung Bad Kreuznach, Regionalnachrichten vom 6.11. 2006. „Alt: Hartz zeigt seine Vorteile“). Diese Begrifflichkeit, die nicht nur lautmalerisch eine Nähe zum „Freiheitsentzug“ hat, deutet auf ein gemeinsames Menschenbild von leitenden Mitarbeitern der Bundesagentur hin, auf eine gemeinsame Haltung, die es mit der Menschenwürde und dem Recht nicht mehr so ganz genau nimmt.

Das ist keine berechtigte Abwehr von Leitungsmisbrauch mehr, die sehr viel aufwändiger ist, wenn sie verantwortungsbewusst betrieben würde. Es ist noch nicht einmal ein Kampf gegen Schwarzarbeit. Wenn die These stimmen würde, dass sich alle Abwesen-

den wegen Schwarzarbeit abgemeldet haben, dann sind sie ja jetzt ihren Schwarz-Arbeitgebern noch mehr ausgeliefert und müssen noch mehr schwarz arbeiten, um die wegfallenden Sozialleistungen zu kompensieren. Die Schwarzarbeit und Ausbeutung wird so angeheizt, wenn die entsprechenden Arbeitgeber, wie Bomba ankündigt, keine Kontrollen mehr zu befürchten haben, weil sie ihm zu teuer sind.

In der FAZ vom 5.6.2007 (S. 13) wird nachgelegt: die Schwarzarbeit sei auch unter West-Arbeitslosen hoch und Hilmar Schneider (IZA) wird zitiert: „die Ergebnisse bestätigten erstmals mit belastbaren Daten, wie verbreitet die illegale Tätigkeit unter Leistungsempfängern sei“. Am 6.6.2007 (S. 13) kommentiert Christian Geinitz ausführlich, die Öffentlichkeit sei über den Modellversuch aus Sachsen-Anhalt alarmiert. „Niemals zuvor wurde die Verfügbarkeit und Arbeitswilligkeit der Arbeitslosen so systematisch überprüft, niemals zuvor fiel das Ergebnis so niederschmetternd aus.“ „Die Bundesagentur hat jetzt allen zehn Regionaldirektionen freigestellt, dem Vorgehen Sachsen-Anhalts und Thüringens zu folgen.“ Das Vorgehen sei „kopierenswert“ und „pfiffig“. Grundsätzlich könne man Schwarzarbeit allerdings nur bekämpfen, wenn Löhne, Steuern und Abgaben, die ein untragbares Niveau angenommen hätten, spürbar gesenkt würden.

Das macht noch neugieriger auf die Datengrundlage dieser Untersuchung. Doch bei entsprechenden Nachforschungen trifft man nur auf eine Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Sachsen-

Anhalt-Thüringen vom 5.6.2007, die den eifrigen Korrespondenten der FAZ entgangen sein muss und in der es heißt: "Bei den aus Sachsen -Anhalt und Thüringen genannten Werten, wonach sich 47 Prozent von den angeschriebenen Arbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet hätten, handelt es sich um eine interne Abfrage mit einer sehr kleinen Stichprobe. Die Werte sind nicht repräsentativ und lassen keinen Schluss auf alle arbeitslosen Bauarbeiter, Reinigungskräfte und Verkäufer zu. Darüber hinaus ist nicht bekannt, warum sich Arbeitslose abgemeldet haben"

Von der „ZEIT“ mit dieser Mitteilung konfrontiert, rechtfertigt sich Bomba damit, er habe von einigen Tausend Arbeitslosen dieser Branche in seiner Region, die zu Trainings eingeladen wurden, nach dem Zufallsprinzip ca. 300 Leute genauer betrachtet. Von denen hätten sich - allerdings nur bezogen auf das letzte Quartal 2006, nicht vorher und nicht nachher - 47 % aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet. Mehr ist zu diesen „bombastischen“ Werten nicht zu erfahren. „Natürlich“ sei „nicht stringent zu beweisen, dass alle Abmelder schwarzarbeiten“. Aber selbst wenn die Quote der Sozialleistungserschleicher geringer sei, wichtig sei doch, dass man dagegen vorgehe. Er will das Projekt auf das Logistik- und Taxigewerbe ausdehnen („Der Schummel-Test“ DIE ZEIT Nr. 25 vom 14.6.2007)

Nun fragt man sich aber doch, wie es denn kommt, dass ein führender Mitarbeiter der Bundesagentur eine solche Medienkampagne gegen Arbeitslose offenbar unkoordiniert losgetreten hat? Und irgendwie kommen einem die Argumentation, das Men-

schensbild und der Blickwinkel auf die Aufgaben einer Sozialbehörde von Herrn Bomba bekannt vor.

Rainer Bomba ist nach einer Kurzbiographie des MDR Diplom Ingenieur und Diplom Kaufmann und 1998 mit 34 Jahren als Quereinsteiger aus der Privatwirtschaft in die Bundesanstalt für Arbeit gekommen, wo er als aktiver Vertreter der Hartz- Reform schnell aufgestiegen ist. Vorher soll er als Vorstandsassistent bei Möbel Walther und Neckermann gearbeitet haben. Die Schwarzarbeiterkampagne ist nicht sein erstes Projekt, sondern steht in einer bemerkenswerten Reihe weiterer Aktivitäten. Und weil sich manchmal an der Aktivität von besonders engagierten Personen der Geist einer Strategie - hier die angestrebte grundlegende Veränderung des Sozialstaats durch die Hartz-Reform - anschaulicher nachzeichnen lässt, als durch reine Statistiken, folgt hier noch ein Überblick über seine weiteren in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Arbeitsschwerpunkte.

## **2.) Hauptsache Leiharbeit**

Schon im Jahr 2000 wies eine Broschüre der Bertelsmann Stiftung zum Netzwerk „Initiative für Beschäftigung“ Herrn Bomba als Mitglied des Landesarbeitsamtes Hessen und Ansprechpartner für das Projekt „Beschäftigungsmotor Zeitarbeit“ aus. In diesem Projekt in Kooperation mit den Firmen Manpower, Randstad, Dekra Arbeit und dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft sollten mit öffentlicher Förderung 500 Langzeitarbeitslose in Unternehmen vermittelt werden, wobei man nichts darüber erfährt, zu welchen Bedingungen das erfolgen sollte. Wohl aber über die

weiteren Ziele des Projekts: für die Zeitarbeitsfirmen sollten nicht nur geschäftliche Vorteile, sondern auch gesellschaftliches Engagement und „legitimer Imagegewinn“ herauspringen. Er gehörte zu den (ganz wenigen, handverlesenen) Funktionären der Bundesanstalt, die 2002 Zuarbeiten für die Hartz-Kommission liefern durften. Der Arbeitszusammenhang spricht dafür, dass diese Zuarbeit darin bestand, bei der Konzeption der Personal- Service Agenturen (PSA) mitzuarbeiten, die als staatlich geförderte Leiharbeitsfirmen zu einem Kernbereich der Hartz-Vorschläge zählten. Durchgesetzt in der Kommission hatte sich der hessische Landesarbeitsamtsleiter Wilhelm Schickler, der parallel zur Kommissionsarbeit eine weitere Arbeitsgruppe betrieben hat. Weil es für die PSA noch an detaillierten konkreten Konzepten fehlte, „haben sich die Bertelsmann Stiftung, die Bundesanstalt für Arbeit und McKinsey & Company entschlossen, ihr know-how zu bündeln und parallel zur Arbeit der Kommission mit vereinten Kräften einen Beitrag zu leisten. ›Gemeinsam sind wir stark‹ war hier das Motto [...]. Das Ergebnis dieser ebenso intensiven wie fruchtbaren Zusammenarbeit von hochrangigen Experten der beteiligten Institutionen“ war die Broschüre »Die Personal-Service- Agentur (PSA)«, die bereits Anfang Herbst 2002 vorlag und schon in den Kommissionsbericht eingespeist wurde. Zu Löhnen in Höhe des Arbeitslosengeldes II oder ein wenig darüber, sollten mehrere hunderttausend Arbeitslose in diesen Agenturen arbeiten. Im Vorwort zeichnete Heinrich Alt für die Bundesanstalt, und einer dieser „hochrangigen Experten“

scheint Rainer Bomba gewesen zu sein.

Diese Mühe war, wie wir inzwischen wissen, zunächst vergebens. Die niederländische Firma Maatwerk hatte über 200 Aufträge für PSAen durch ein besonders günstiges Angebot an sich gezogen und hatte sich diesem Geschäft nicht gewachsen gezeigt. Unseriöse Abrechnung von Zuschüssen und schlechte Behandlung von Arbeitslosen ließ man ihr noch durchgehen, aber den Konkurs im Februar 2004 konnte man dann doch nicht abwenden (»Pleite nach Maß«, Spiegel 9/2004: 99). Sie war aber nicht ganz vergebens, denn die reguläre Leiharbeit in Deutschland hat nebenbei ihren Imagegewinn bekommen, wurde von arbeitsrechtlichen Beschränkungen befreit und sogar von den Gewerkschaften mit einem Tarifabschluss honoriert, der noch unter den Mindestarbeitsbedingungen in einigen Nachbarländern liegt. Damit hatte die gescheiterte PSA vermutlich ihren eigentlichen Hauptzweck erfüllt, denn die Deutschen sollten bezüglich ihrer Skepsis gegenüber der Leiharbeit umerzogen werden.

Und unbeeindruckt von allen Fehlentwicklungen erschien noch im Dezember 2004 in der Unternehmerpostille ZOOM in NRW (S. 10,11) ein Interview mit dem inzwischen zum Geschäftsführer der Regionaldirektion NRW aufgestiegenen Rainer Bomba, in dem er ohne Unterlass die „Qualität“, die „Qualität bei der Auswahl“ und das „laufende Qualitätsmanagement“ bei der Durchführung der PSA in den höchsten Tönen lobt, und die hervorragende Möglichkeit anpreist,

„ohne Personalverantwortung“ vor allem im Helferbereich Arbeitnehmer ausprobieren zu können.

Nach dem Scheitern der PSA scheint sich der ursprüngliche Plan, direkt mit den Leiharbeitsfirmen zu kooperieren, wieder durchgesetzt zu haben. Im April 2007 hat die Bundesagentur mit 15 Leiharbeitsfirmen einen Kooperationsvertrag abgeschlossen, der diesen Firmen direkt bei der Arbeitsagentur Büroräume und bevorzugten Zugriff auf die Arbeitslosen sichern soll und auch gegenseitige Hospitationen vorsieht. Auch jetzt ist ein Hauptziel, Vorurteile gegen die Branche abzubauen und die „Bedürfnisse der Zeitarbeitunternehmen so weit wie möglich zu berücksichtigen“. Eine Berücksichtigung der Bedürfnisse der Arbeitslosen ist wieder einmal nicht vereinbart.

Doch Rainer Bomba hat sich inzwischen anderen Projekten zugewandt.

### 3.) **Barrieren im Kundenstrom**

Bevor ihn der Weg als „Geschäftsführer operativ“ nach NRW führte, hat er noch das Konzept für die Hauptstadtvertretung der Bundesagentur (BA) in Berlin entworfen, zu deren Leiter Wilhelm Schickler aus Hessen aufstieg und für deren Neugründung trotz aller Sparnotwendigkeiten noch genügend Geld übrig gewesen sein muss. Und er vertrat als Projektleiter auch in den Medien ein zentrales Reformprojekt im Rahmen von Hartz III, nämlich den Aufbau der neuen „Kundenzentren“ der BA. Seit Ende 2003 soll es Pilgergruppen in die schöne neue Modellwelt des Kundenzentrums Heilbronn gegeben haben (K. O. Sattler in: Das Parlament 9/2004 vom 23.2.2004), für das Rainer Bomba verantwortlich

zeichnete, bzw. das er nach der Meldung der Berliner Morgenpost vom 20.2.2004 erfunden haben soll. Er begleitete auch Kanzler Gerhard Schröder im Februar 2004 bei einem Presetermin und erklärte ihm seine Vorstellung: dunkle Flure, düstere Pfortnerboxen als abschreckende Barrieren, lange Warteschlangen, wenig Zeit für Vermittlung und Beratungsgespräche, das alles sollte der Vergangenheit angehören. Die Arbeitslosen sollten „Kunden“ werden, er wolle „den Druck aus den Fluren rausnehmen“ und von ihm soll gar der Satz stammen: „Bei uns sollen sich Kunden fühlen wie Privatpatienten“. („Das Parlament“ a.a.O.)

Das hörte sich gut an, aber schon die ersten Journalisten kamen ins Grübeln, als sie erfuhren, *wie* er dieses Ziel erreicht wollte. Nämlich durch ein konsequentes „Kundenstrommanagement“, das er als begeisterter Anhänger von McKinsey (Süddeutsche Zeitung 14.11.2003) den alten Arbeitsämtern verordnete. Symbolisch dafür stand im Eingangsbereich des neuen Amtes ein weißer Tresen, an dem sehr freundliche, aber des weiteren Verwaltungsverfahrens offensichtlich unkundige Damen die Arbeitslosen begrüßen, Schriftstücke annehmen und ansonsten an diverse Terminals oder Telefone verweisen sollten. Unsichtbare Hauptaufgabe dieses „Kundenportals“ sind aber nach dem Willen seines Erfinders, die „Segmentierung der Kundenströme“, das „Wegfiltern“ von etwa 70% der sog. Kleinanliegen, eine Hürde zu bilden, die verhindert, dass der Arbeitslose ohne einen Termin eigenmächtig „in die Tiefen des Amtes vordringen“ kann, etwas, was nach der ursprünglichen Planung von Herrn

Bomba überhaupt nur noch schwierigen Kunden vorbehalten sein sollte. Termine im Amt sind erst mit zeitlichem Abstand zu bekommen und nachdem man sich durch ein Labyrinth von Callcentern telephonierte hat. Nach seiner Planung sollten dafür 2 500 Mitarbeiter der BA in abgelegenen Callcentern unerreichbar verschwinden.

Auch der Papierberg von Anträgen und Arbeitspakete mit intimen Fragestellungen zur eigenen Persönlichkeitsstruktur sollten eigenständig bewältigt werden. Nur wer nach einem jedenfalls für die Kunden undurchsichtigen System als dringlich eingestuft wurde, sollte noch zu einem mit einigen leibhaftigen Mitarbeitern besetzten, hellen Großraumbüro der von ihm so bezeichneten „Eingangszone“ vorgelassen werden, das aber nichts mit individueller Sachbearbeitung zu tun hat und mit einer geschützten Gesprächsatmosphäre schon gar nichts. Zur Leistungssachbearbeitung sollte gar überhaupt kein Durchkommen möglich sein. Nach einer Vorselektion sollte den Arbeitsvermittlern laut Plan im dann vereinbarten Termin für die leicht gängigen Marktkunden 30 Minuten, für die schwierigeren Beratungskunden 45 Minuten „als garantiertes Zeitbudget zu Verfügung“ stehen. 30 Sekunden waren für das Gespräch am Tresen eingeplant; umfassendere soziale Beratung oder Berufsberatung, Krisenintervention in besonders akuten Problemlagen oder vielleicht ein Folgetermin nirgendwo.

Durch ein Versehen wurde einem Reporter dann doch bekannt, dass der weiße Tresen in Heilbronn so neu nicht war. „Früher war das Stück eine ausrangierte Theke, die im Keller des

alten Arbeitsamtes vor sich hin verstaubt war“ - und jetzt einfach rasch weiß gestrichen worden war. Das ist auch ein Symbol für die Konzepte von Rainer Bomba und Mc Kinsey: die alten Warteschlangen werden zu modernen, virtuellen Warteschlangen, der dunkle Pfortnerkasten wird nur hell getüncht. Während aber früher noch jeder mit seinem Anliegen zu Fachkräften bei Sozial- und Arbeitsämtern vordringen konnte, wird er jetzt einer rigiden Selektion unterworfen. Der persönliche Behördenkontakt in einer häufig komplexen krisenhaften Lebenslage wird nur rationiert und in keiner Weise inhaltlich verbessert und durch zusätzliche Fachkräfte ergänzt, zumal die vor ihren Kunden abgeschirmten Arbeitsvermittler auch noch intern scharfen Erfolgskontrollen unterliegen, den „Kundenstamm“ mit welchen Mitteln auch immer zu reduzieren.

#### **4.) Wunder gibt es immer wieder - die Bürgerarbeit**

Ab 2005 wurde Rainer Bomba „Geschäftsführer operativ“ und anschließend Geschäftsführer Grundsicherung in der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen und gilt dort als „Erfinder“ des mit noch mehr Medienpräsenz beworbenen Modells „Bürgerarbeit“, das zu den Vorzeigeprojekten des dortigen Wirtschaftsministers Haseloff (CDU) gehört. Der erste - in den Materialien der Regionaldirektion so bezeichnete - „Laborversuch“ dazu wurde zusammen mit der Lebenshilfe und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in Magdeburg durchgeführt. Der erste „Flächentest“ begann November 2006 in Bad Schmiedeberg und wurde schon ca. 2 Monate später

als „Wunder von Bad Schmiedeberg“ oder sogar als „Bomba Projekt“ in diversen Medien gefeiert. Im von Arbeitslosigkeit schwer getroffenen Land scheint das nach einigen Exzessen bei der Einrichtung von Ein-Euro-Jobs ein zunächst sympathisch erscheinender Weg, Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen, notwendige Gemeindearbeit zu erledigen und ganz nebenbei die Arbeitslosigkeit im Armenhaus Deutschlands auf bayrische Verhältnisse zu drücken, konkret von 15,6 % auf 6,3 % nach den Eigenangaben der Regionaldirektion, auf 5 % nach den späteren Angaben von Herrn Bomba. Sein zweiter Versuchsort, Barleben, wird wegen der Senkung von 8,6 % auf 3 % von ihm als „Freising des Ostens“ bezeichnet. (in der FAZ vom 30.6.07 S. 14 noch zusätzlich als „kleine Oase auf Zeit“). Inzwischen sind die Gemeinden Gerbstedt, Kelbra und Hecklingen im Flächentest dazugekommen.

Das überzeugt auch Andere: Oberbürgermeister Michael Wolf (SPD) der Stadt Altenburg will mit diesem „neuen kreativen Modell“ Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Die SPD Landesgruppe Sachsen Anhalt lobt zusammen mit SPD Bundestagsabgeordneten das Projekt Bürgerarbeit als „bundesweites Vorbild“, mit dem das Land „auch mal ganz vorne in der Champions League der Ideen mitspielen könne“. Der DGB lädt Herrn Bomba anlässlich einer Fachtagung im März 2007 in Berlin als Plenumsteilnehmer zum Thema: „Fair statt prekär- verantwortlich handeln.“ Das Fachforum Zukunft der Arbeit/Berlin 21 lädt ihn als Referenten zum Oberthema: „Praktische Bau-

stellen für die Tätigkeitsgesellschaft der Zukunft“ im Juni 2007.

Die Zeitung der Linken in Sachsen beschäftigt sich wohlwollend mit den Möglichkeiten der „Bürgerarbeit“. Die Idee habe „das Potential, den Mief des Arbeitszwangs und der Almosen, wie sie die Ein Euro Jobs an sich hatten, zu überwinden.“. Man sieht in der Bürgerarbeit immerhin den Einstieg in den öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS), wenngleich noch die arbeitsrechtliche Gleichstellung fehle. Arbeitnehmerfreundlichere Bedingungen und Freiwilligkeit wollen auch die großen kirchlichen Wohlfahrtsverbände mit entsprechenden Modellen erreichen; was nicht daran hindert, sich vor Ort auch vorläufig auf andere Projekte einzulassen.

Aber die Bürgerarbeit wäre kein Bomba-Projekt, wenn das vorgesehen wäre. Irgendwie unklar bleibt deshalb in allen Berichten die Lohnhöhe, die ausgehend von der Regelsatzhöhe irgendwo zwischen 675 bis 975 Euro brutto bei 30 Stunden liegen soll. Eine Bürgerarbeiterin aus Barleben berichtet, ihr verbiete der Arbeitsvertrag über die Lohnhöhe Angaben zu machen (FAZ 30.6.07 S. 14). Nach der Eigendarstellung der Regionaldirektion soll Entlohnung nach Pauschalen entsprechend den Qualifikationsanforderungen „im Durchschnitt“ bei 800-820 Euro brutto bei max. 30 Stunden liegen. Entscheidend für Herrn Bomba ist nicht die erbrachte Arbeitsleistung, sondern „dass die Menschen von der Straße sind und dass sie die Gemeinschaft nicht mehr kosten als vorher“ (FAZ 30.6.07 S. 14) . Darin soll auch der Hauptunterschied zu den als wirkungslos kritisierten ABM-Maßnahmen liegen: ABM kostete 30 % mehr, weil

den Leuten noch leistungsbezogene Löhne gezahlt wurden. Warum der Lohn nicht höher werden kann, sondern im Einzelfall eher niedriger ausfällt, wird deutlicher, wenn Minister Haseloff ausführt: „Bei der Bürgerarbeit soll ein Nettoverdienst herauskommen, den ich auch bekommen hätte, wenn ich zu Hause geblieben wäre. Das Nettoentgelt entspricht der passiven Alimentation - ich will für das Arbeitslosengeld arbeiten lassen.“ (FAZ 28.1.2007 „Sie nennen es Bürgerarbeit“) Als psychologisch wichtig wird von den Initiatoren herausgestellt, dass trotz dieses Minilohns die Bürgerarbeiter davon noch „ihre Sozialabgaben selbst zahlen“. Außer den Abgaben zur Arbeitslosenversicherung - die dürfen sie nicht zahlen, damit sie bei der offenbar anschließend erwarteten Arbeitslosigkeit nicht wieder in die Arbeitslosenversicherung kommen. Den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung übernimmt gegenwärtig das Land, indem es großzügig EU-Fördergelder einsetzt.

Und um wen geht es eigentlich bei Bürgerarbeit? Bomba: Bei ABM ging es noch um das Ziel, Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Dieser Anspruch wird bei der Bürgerarbeit gar nicht mehr erhoben. „Wir haben hier ein Instrument, das endlich was bringt“. Tatsächlich wird diese Arbeit wieder nach einem typischen Selektionsverfahren angeboten, das für alle Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung (SGB III) genauso wie für SGB II-Bezieher gilt. Erst werden diverse Vermittlungsversuche, Aktivierungs-, Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen durchlaufen - bis nichts mehr hilft oder die Leute sich abmelden

(was dann in der oben geschilderten Schwarzarbeiterkampagne verwertet wird). Dieses 3-stufige Selektionsverfahren wird neuerdings sogar mit einem selbstgeschaffenen Qualitätssiegel geschützt, das Nachnutzer in die Schranken weisen soll (Pressemitteilung Nr. 056/07 Staatskanzlei Sachsen-Anhalt). Nur bei wem Beratung und geförderte und ungeförderte Maßnahmen - mit welchen Inhalten und Zumutungen auch immer - nicht zum Ziel führen, dem wird in der 4.Stufe die Bürgerarbeit „angeboten“. Bürgerarbeiter können alle Arbeitslosen sein „bei denen wir früher aufgegeben haben“. Also alle Chancenlosen, die als nicht marktgängig gelten.

Wer meint, das seien Menschen mit ganz schlechter Qualifikation, der irrt sich. Heinz Stegert (52), das berühmteste „Versuchsobjekt“ (FTD) aus Bad Schmiedeberg, das der Presse vorgestellt wird, war Elektromeister und wirkt nun als vielfältig einsetzbarer und unentbehrlicher Hausmeister bei der evangelischen Kirchengemeinde. Und er schafft sogar das Wunder, dadurch keinen regulären Arbeitsplatz zu verdrängen, wie die Initiatoren immer wieder betonen, so als habe es niemals bisher einen Hausmeister in einer Kirchengemeinde gegeben. Rainer Kaspar (48), ein gelernter Landmaschinen Schlosser, hält nach einem Bericht im Naumburger Tageblatt die Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehr in Ordnung und richtet die historischen Feuerwehrautos fachmännisch fürs Museum her. Nach einem Bericht von Sabine Krebs im MDR hat sogar Frau Bürgermeister, eine gelernte Bibliothekarin und wegen des Einkommens ihres Mann nicht hilfebedürftig, sofort zugegriffen und arbeitet jetzt



bei der Kirche. Für andere ist es weniger lohnend, so für ehemals festangestellte Gärtner und Forstarbeiter, die ganz schlicht dem Personalabbau zum Opfer gefallen sind, oder eine gelernte Einzelhandelskauffrau mit Kleinkind. Aus Barleben wird eine 40-jährige Facharbeiterin für Anlagetechnik mit einem behinderten Kind vorgestellt. Die „multiplen Vermittlungshemmnisse“ der erstaunlich vielen qualifizierten Bürgerarbeiter auch aus der Arbeitslosenversicherung scheinen eher im Alter oder der Familienbindung zu liegen. Deshalb soll die Bürgerarbeit diese angeblich „chancenlosen“ Erwerbslose dann doch motivieren, sich selbst wieder um einen Job in der freien Wirtschaft zu bewerben. „Entsprechende Aktivitäten“ werden nach dem Konzept der Regionaldirektion laufend „eingefordert“.

Ein eher freiwilliges Ehrenamt, wie der Name „Bürgerarbeit“ suggeriert, ist das Angebot auch nicht (obwohl man wie der Pressespiegel zeigt, doch stolz darauf zu sein scheint, dass „BILD“ vom 19.12.2006 titelt: „Nachdem in Bad Schmiedeberg ein Projekt Vollbeschäftigung schafft: Herr Minister, kriegen jetzt alle Bürger Arbeit?“).

Rainer Bomba im MDR: „Jeder Arbeitslose bekommt ein Job Angebot. Wenn er das Angebot ablehnt ist Schicht“ „Wer was haben will, soll auch was leisten“. Und in den Materialien der Regionaldirektion: „Es wird möglich zu lokalisieren, wer wirklich arbeitslos ist; Schwarzarbeit wird eingeschränkt.“ Oder wie Minister Haseloff knapper formuliert: „Keine Leistung ohne Gegenleistung, das ist die Philosophie“ (FAZ 28.1.2007) An solchen Stellen wird doch wieder klar, was die Bürgerarbeit ist: ein ver-

schwimmendes Workfare- und Kontrollkonzept in den gleichen Bereichen und mit den ungefähr gleichen Nettolöhnen wie bei den bisherigen Ein Euro Jobs - nur wieder neu getüncht. Die noch etwas radikaleren Ökonomen Schoeb und Thum loben in einem Kurzbericht des ifo-Instituts Dresden denn auch den konsequenten Workfare-Charakter des Modells, kritisieren allerdings den in ihren Augen noch zu hohen Lohn. Aber da wird man sich, wenn erst einmal die EU Mittel wegfallen und die Öffentlichkeit entsprechend abgestumpft ist, rasch einigen können.

Ganz legal funktioniert dieses Modellprojekt natürlich auch diesmal nicht. Denn bei der flächendeckenden Einführung müssten die kommunalen Unterkunftskosten, das Arbeitslosengeld I und II und Gelder aus dem Eingliederungstitel, auch solche für Fort- und Weiterbildung, Förderung der Arbeitsaufnahme und ABM in einen Topf fließen, so wie das offenbar schon bei der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft in Bad Schmiedeberg geschieht, die die Bürgerarbeiter einstellt und dann weiter verleiht. Über diese Gesellschaft, in der unauffällig die gescheiterte Personal-serviceagentur (PSA) der Hartz-Kommission wiederauflebt, ihr Geschäftsgebaren und die von ihr verursachten Kosten kann man leider überhaupt nichts erfahren. (Das gilt auch für den Paritätischen in Magdeburg, der als Arbeitsverleiher gegenüber der Lebenshilfe fungiert.)

Die Zusammenführung der verschiedenen Haushaltstitel im SGB II, ist aber rechtlich aus gutem Grund nicht erlaubt und bedürfte einer Gesetzesänderung, die von den Akteuren auch

vorbereitet wird. Herr Bomba möchte als Fernziel offenbar sogar das Arbeitslosengeld I aus der Arbeitslosenversicherung für diese Zwecke umwidmen können. Dabei kann er auf große parlamentarische Unterstützung hoffen, etwa auch durch die Partei der Grünen, die bereits die Initiative ergriffen hat, vermutlich ohne alle Folgen zu überblicken.

Beim Fachgespräch der Grünen zum Thema „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ am 1.3.2007 war Rainer Bomba neben anderen Vertretern von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmodellen eingeladen. Einig waren sich alle, dass die Finanzierung geändert werden müsse und dass die Arbeitsgemeinschaften bei der Verwendung dieser Gelder noch mehr Autonomie benötigten, obwohl die jetzt schon groß ist und bisher die Eingliederungsmittel kaum ausgeschöpft werden können. Das nennt sich im Fachjargon: „Aktivierung passiver Mittel, insbesondere der Wohnkosten“. Bereits am 20. September 2006 hatten die Grünen einen Antrag mit der sympathischen Überschrift: „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ eingebracht. Weniger sympathisch ist die Begründung: den meisten von geschätzt 400.000 Arbeitslosen, die in Deutschland dauerhaft vom Arbeitsleben ausgeschlossen seien, ginge es nicht nur darum Geld zu verdienen, sondern eine sinnstiftende Aufgabe zu haben. Dafür müsste ihnen ermöglicht werden, ihre gesamten Transferleistungen nach SGB II in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis einzubringen, damit durch ihre Beschäftigung der Haushalt nicht zusätzlich belastet werde.

Diese Vorstellung deckt sich voll mit dem Konzept der Bürgerarbeit.

Das Problem dabei: Beschäftigungsförderung zu finanzieren ist bisher – mit der Hartz-Gesetzgebung selbst gewählte – Aufgabe des Bundes und wenn das durch Vertragsverhältnisse geschieht, werden damit die Kommunen auch von den Unterkunftskosten entlastet. Deswegen fördert der Bund ja – anders als früher für Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfebezieher – praktisch keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen mehr, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen im SGB III und SGB II nach wie vor bestehen. Mit der „Aktivierung passiver Mittel“ würden dann wieder die Kommunen mit dem Unterkunfts-kostenanteil an diesen Kosten beteiligt, und das wird ihnen vermutlich auffallen. Manche Kommunen verschließen allerdings davor die Augen. Entweder sie erkennen das nicht oder sie erwarten sich von dem dann zur Verfügung stehenden und voraussichtlich wachsenden Heer von „Bürgerarbeitern“ eine im Endeffekt größere Entlastung und Profilierungschance. Die Arbeitsplätze, die man vorher durch Stellenabbau, Zuwendungskürzungen und stümperhafte Vergabeverfahren bei öffentlichen und sozialen Diensten gestrichen hat, könnten dann als soziale Vorzeigeprojekte, zu schlechteren Konditionen und sozusagen „selbst finanziert“ von den „chancenlosen“, freigesetzten Leistungsbeziehern wieder eingerichtet werden. Die Beschäftigungsfelder für Bürgerarbeit, die ebenfalls Bestandteil des Qualitätssiegels sind und selbstverständlich nach „strengsten Maßstäben ausgewählt“ wurden, entsprechen denen der bisherigen Ein-

Euro Jobs: Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum, Unterstützung von örtlicher Vereins- und Kirchenarbeit, Sicherung und Erweiterung des Betriebs kommunaler Einrichtungen, Tätigkeiten in der offenen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, Kindergärten und Schulen und vor allem Betreuung und Assistenz bei Alten, Pflegebedürftigen und Behinderten in Einrichtungen. – Kurz überall wo in der letzten Zeit wegen der unterbliebenen Neuordnung der Gemeindefinanzierung oder Unterfinanzierung von sozialen Einrichtungen zu viele Stellen eingespart oder nicht bedarfsgerecht ausgebaut wurden. Immer wieder werden die Öffentlichkeit und besonders auch sozialdemokratische und grüne Politiker/innen beruhigt, auf keinen Fall würden Arbeitsplätze im Handwerk, in der Industrie oder im Dienstleistungsgewerbe gefährdet, denn es entstünden „nur“ Jobs im „Non-Profit-Bereich“ - so als gäbe es im Non-Profit-Bereich keine regulären Arbeitsplätze. Der Einstieg über die Lebenshilfe deutet auch daraufhin, dass man darauf zu hoffen scheint, dass sich die unter Druck stehenden Behinderten und Pflegebedürftigen mit dem listig als Freiheitsgewinn angepriesenen „Persönlichen Budget“ aus dieser Menge preisgünstig bedienen und damit Kostentlastung erwirtschaften.

### **5.) Quo vadis Bundesagentur?**

Wo ist die Verbindung zwischen allen diesen Projekten: Leiharbeit, Kundenstrommanagement, Bürgerarbeit und Freizeitentzugsmaßnahmen?

Es ist die gewandelte Einstellung zum sozialen Auftrag und das neue Menschenbild.

Die sozialstaatliche Zielsetzung, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, einen ausgeglichenen Arbeitsmarkt und auskömmliche Arbeitsbedingungen zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen - das war gestern, auch wenn es teilweise noch in § 1 SGB I steht. In persönlichen Krisensituationen noch fachkundige Ansprechpartner zu haben, sich an eine Behörde wenden zu können, die unmittelbar notwendige Bedarfe deckt, wie in der ehemaligen Sozialhilfe - auch das ist von gestern.

Heute wird das Gegenteil angestrebt. Mitarbeiter werden hinter einem Schutzwall von Callcentern und Eingangsbarrieren versteckt. Von Franz Jürgen Weise, dem in der Sache offenbar voll übereinstimmenden, aber im Habitus in Arbeitsteilung zu Rainer Bomba „geräuschlosen Sanierer“, wird berichtet, er kenne „das Beharrungsvermögen seiner Mannschaft. Er weiß: jetzt wo organisatorisch alle Umbauten gemacht sind, kommt es auf den Mentalitätswechsel an. Viele Mitarbeiter verstehen sich immer noch eher als Sozialarbeiter. Da fällt es schwer, wenn Werte wie Kundenzufriedenheit, Integrationszahlen und wirtschaftliches Handeln groß geschrieben werden (Kölnische Rundschau 6.7.2007). Mit Kundenzufriedenheit ist da nicht die der Arbeitslosen gemeint und schon gar nicht derer, die Ansprüche an verlässliche oder gar qualifizierte, behördliche Leistung stellen. Im Gegenteil, bei ehemals als staatliche Hilfen konzipierten Maßnahmen geht es nicht mehr um die Inhalte und Bedürfnisse, sondern sie sollen zum flächendeckenden System werden, das „für keinen einzigen Arbeitslosen ein

Schlupfloch“ mehr lässt (DIE Zeit 14.6.2007)

Der Bürger, der schon in Betrieben dem modernen Management vornehmlich Kostenfaktor ist oder einer hemmungslosen Altersdiskriminierung zum Opfer fällt, wird auch in seiner Arbeitslosigkeit rechtlose Verfügungsmasse einer sozialpolitisch umzogenen Behörde, die kontrolliert und in jeder Phase selektiert nach Brauchbarkeit und Restleistungsvermögen, effizient und kostensparend entweder in Niedrigstlohnverhältnisse ohne Perspektive oder in Leiharbeit ohne Gestaltungsmöglichkeiten oder in beides gleichzeitig gezwungen wird. Mit dem Einzug privater Leiharbeitsfirmen in die Arbeitsbehörde wird der Markt nicht nur zwischen den Unternehmen, sondern auch gegenüber den zukünftigen Arbeitnehmern verzerrt, die dank der Zumutbarkeitsanforderungen durch staatlichen Zwang den Leiharbeitsfirmen den gewünschten steigenden Umsatz garantieren müssen. Gleichzeitig wird der Grundstein für die Privatisierung der Arbeitsvermittlung in Deutschland gelegt.

Trotzdem weiß jeder, dass die gewinnorientierte Leiharbeit nur einen Teil der Arbeitslosen abschöpfen wird. Für den Rest benötigt man andere Instrumente. Da mag es hundertfach Kritik an der Wirkungslosigkeit und den Verdrängungseffekten massenhaft eingesetzter ABM Maßnahmen, Ein Euro Jobs und immer wieder neuen Kombilohnmodellen geben: wenn ein Modell nur billig genug ist, da ist es plötzlich ein Wunder, eine Vision, eine noch nie da gewesene Innovation oder ein „völlig neuer Denkansatz in der Arbeitsmarktpolitik“ (Pressemitteilung Nr. 114/07 Staatskanzlei Sach-

sen-Anhalt) Wir leben in einer sozialtechnokratischen Welt, die den sozialen Rechtsstaat und klingende Worthülsen wie „Bürgerarbeit“ nur noch für eine Übergangszeit als Hülle oder Marketingkonzept benötigt. Da mag noch so laut über die mangelnde Qualifikation und Arbeitsmarktnähe vieler Menschen gejammert werden, als billige Objekte für die Profilierung von Kommunal- und Landespolitikern sind sie offenbar immer noch fähig genug und gut zu gebrauchen. Minister Haseloff aus Sachsen-Anhalt lobt in diesem Zusammenhang „das gemeinsame Aufbrechen von Tabus in der Arbeitsmarktpolitik“ (Pressemitteilung 114/07 Staatskanzlei Sachsen-Anhalt.) Welcher Tabus? Etwa der, dass man Menschen für ihre Arbeit auch einen angemessenen Lohn zahlen muss oder dass für notwendige Dienste auch dauerhafte Arbeitsplätze eingerichtet und finanziert werden müssen?

Begleitend wird der fachliche Auftrag einer Behörde zu beraten, zu qualifizieren und zu vermitteln umdefiniert, Hilfeangebote und Dienstleistungen werden zu pauschalen Schwarzarbeitererkennungstests, der Wunsch nach regulären Arbeitsverhältnissen wird in entrechtete Niedrigstlohnverhältnisse umgelenkt. Reguläre und der Eignung und Neigung entsprechende Vermittlung und Qualifikation findet nicht mehr statt. Die Öffentlichkeit soll sich über gute Bilanzen der Arbeitsagenturen freuen, auch wenn sie durch Kürzung von notwendigen Geldleistungen und Einstellung von notwendigen Dienstleistungen erwirtschaftet sind.

Dazu kommt, dass vieles, womit hier experimentiert wird, in der Tat private Firmen oder die favorisierte Leih-

arbeit ohne sozialen Anspruch und ohne rechtsstaatliche Kontrolle auch umsetzen könnten, vor allem wenn dabei noch staatliche Fördergelder abgeschöpft werden können. Das führt im Endzustand zu dem heute schon von vielen geforderten Rückbau der BA mit ihrem sozialstaatlichen Auftrag. Zwar ist das Vertrauen in diese Behörde durch viele zweifelhafte Experimente und einschlägig inszenierte Skandale schon erschüttert, aber mit solchen Projekten wird es Schritt für Schritt vor allem auch bei Arbeitslosen weiter zersetzt - und das sogar ohne weitere umstrittene Berateraufträge an McKinsey und Roland Berger, wie sie etwa von Thomas Leif (Beraten und verkauft - McKinsey &

Co - der große Bluff der Unternehmensberater 2006) noch kritisiert werden.

Wo das Denken dieser Firmen drin ist, braucht man es von außen nicht mehr einzukaufen.

### **6.) Ausblick: Glückliche Arbeitslose in Bayern?**

Rainer Bomba ist offenbar wegen seiner bisherigen Verdienste inzwischen eine Stufe weiter auf der Karriereleiter gestiegen: Seit 1. August 2007 hat er den Vorsitz der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern übernommen. Seine Nachfolgerin in Sachsen-Anhalt ist promovierte Verfahrenstechnikerin.